



Protokoll der 41. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:	25.02.2026
Ort:	Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit:	10.15 bis 13.00 Uhr

Aktenzeichen: 924-3724/1/2

Vorsitz:	Barbara Studer Immenhauser	Präsidentin Staatsarchivarin des Kantons Bern
Mitglieder:	Claude Béguelin	Arzt, Psychiater/Kinderpsychiater
	Thomas Gall	Stv. Geschäftsleiter der Opferhilfe beider Basel
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Heinz Kräuchi	Betroffener
	Jasmin Stern	Beraterin bei der Opferhilfe / Anlaufstelle Tessin
	Theresia Rohr	Betroffene
	Marcel Setz	Betroffener
Entschuldigt:	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
Ex officio:	Maria Schultheiss	Bundesamt für Justiz / Leiterin Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Kommissionssekretärin



1 Begrüssung und Mitteilungen

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission. Entschuldigt hat sich Christian Raetz; er hat jedoch vorgängig schriftlich zu den Fällen Stellung genommen, was verdankt wird.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 5. November 2025 wurde bereits genehmigt und wird verdankt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor rund 2 Wochen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Simone Anrig weist darauf hin, dass die aktualisierte Statistik betreffend Solidaritätsbeitragsgesuche (Stand Ende 2025) auf der Homepage des BJ aufgeschaltet ist (siehe www.bj.admin.ch > Gesellschaft > Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen > Solidaritätsbeitrag des Bundes (ganz am Seitenende unter «Dokumente»). Das Wichtigste in Kürze:

- Von April 2017 bis Ende Dezember 2025 wurden beim BJ insgesamt 11'949 Gesuche eingereicht (2025: 330 Gesuche; 2024: 397 Gesuche; 2023: 352 Gesuche). Davon konnten 11'340 Gesuche (94.9%) gutgeheissen und entsprechend Solidaritätsbeiträge in der Höhe von total 283.5 Mio. Franken zugesprochen werden. 446 Gesuche (3.7%) mussten hingegen abgewiesen werden (z.B. weil keine unmittelbare und ausreichend schwere Beeinträchtigung als Folge einer Massnahme vorlag oder sich die geschilderten Erlebnisse erst nach 1981 zugetragen hatten). Bei 71 weiteren Gesuchen (0.6%) war aus verschiedenen Gründen gar keine inhaltliche Prüfung möglich.
- Die grösste Anzahl von Gesuchen stammte von Personen mit Wohnsitz in den Kantonen Bern (20.7%) und Zürich (13.8%). Der Anteil der übrigen Kantone betrug zwischen 6.7 und 0.2%. Aus dem Ausland wurden 5.2% der Gesuche eingereicht.
- 28.5% der Gesuche wurden von Personen mit Jg. 1940-49 gestellt, 27.9% von Personen mit Jg. 1950-59. Die übrigen Personen waren älter (19.7%) bzw. jünger (24.0%).
- Bei den Schilderungen der Opfer standen Fremdplatzierungen im Kindes- und Jugendalter (v.a. als Verding-/Pflegekind oder in Heimen) deutlich im Vordergrund. Andere fürsorgerische Zwangsmassnahmen wurden hingegen eher selten beschrieben.

Barbara Studer weist darauf hin, dass letzte Woche die Abschlussveranstaltung der Ausstellung «Vom Glück vergessen – Fürsorgerische Zwangsmassnahmen in Bern und der Schweiz» zusammen mit der Vernissage des Buches «Reden, um nicht zu ersticken. Uschi Waser – die Lebensgeschichte einer Jenischen» (Rotpunktverlag 2026) im Bernischen Historischen Museum stattgefunden habe. Die Ausstellung kann nun offenbar auch noch im Rahmen des für 2027 geplanten Zeichens der Erinnerung des Kantons Solothurn im Museum Blumenstein in Solothurn gezeigt werden.

2 Diskussion von Einzelfalldossiers

2.1 Fall aus früherer Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung hat die beratende Kommission in einem Fall der vom Fachbereich vorgeschlagenen Gutheissung zugestimmt, sofern aufgrund des Ergebnisses einer zusätzlichen Aktensuche kein Zweifel mehr am Sachverhalt bestehe. Der Fachbereich FSZM informiert, dass das Ergebnis der Aktensuche nun vorliege und der Fachbereich beabsichtige, das Gesuch demnächst gutzuheissen.

2.2 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

2.2.1 Die Präsidentin stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste Oktober 2025 total 20 Fälle, mit der Monatsliste November 2025 total 31 Fälle, mit der Monatsliste Dezember 2025 total 11 Fälle und mit der Monatsliste Januar 2026 total 33 Fälle unterbreitet worden sind, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Bei der Monatsliste Oktober 2025 hat Claude Béguelin in zwei Dossiers Einsicht genommen und sich mit der vorgeschlagenen Gutheissung dieser Gesuche einverstanden erklärt. Zu den Monatslisten Oktober 2025 bis Januar 2026 gab es somit seitens der Kommissionsmitglieder keine Einwände und die entsprechenden Gutheissungsverfügungen wurden durch den Fachbereich FSZM versendet.

2.2.2 In den Monaten Oktober 2025 und Dezember 2025 gab es keine Fälle, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil die betreffenden Gesuche als offensichtlich unbegründet erachtet wurden. Entsprechend musste diesbezüglich kein Zirkularverfahren durchgeführt werden. In den Monaten November 2025 und Januar 2026 wurden hingegen den Kommissionsmitgliedern 1 bzw. 2 solche Gesuche unterbreitet. Dagegen wurden keine Einwände erhoben. Die entsprechenden Abweisungsverfügungen wurden bereits bzw. werden demnächst versendet.

2.3 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 9 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet. In 6 Fällen schlägt der Fachbereich FSZM eine Abweisung vor. 3 Fälle sind als Grenzfall zu diskutieren. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission, 6 Gesuche abzuweisen und 2 Gesuche gutzuheissen. Bei einem Gesuch erfolgt keine klare Empfehlung.

3 Orientierung des Fachbereichs FSZM über den aktuellen Stand der Selbsthilfeprojekte und des Projekts Valorisierung der Forschungsergebnisse

3.1 Selbsthilfeprojekte

Ende Februar 2026 endet das Selbsthilfeprojekt «Caregivers Schweiz» der Guido-Fluri-Stiftung und Pro Senectute Schweiz. In diesem Projekt wurden in verschiedenen Regionen der Schweiz (Bern, Zürich, Westschweiz) Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in Lehrgängen zu sogenannten «Caregivers» ausgebildet, um andere Betroffene als «Peers» bei verschiedensten Problemen (z.B. Umgang mit Traumata, Behördengängen) zu unterstützen. Durch das Projekt haben über die letzten drei Jahre mehr als 120 Betroffene Unterstützung erhalten. Weiter wurden im Rahmen des Projekts in Alters- und Pflegeeinrichtungen Sensibilisierungsanlässe durchgeführt, um auf die Bedürfnisse von Betroffenen einzugehen. Ein Nachfolgeprojekt, welches die erfolgreiche Grundlagenarbeit auch in den kommenden Jahren weiterführen soll, ist in Planung. Ein entsprechender Antrag auf Finanzhilfe (gem. Art. 17 Bst. b AFZFG) wurde beim BJ eingereicht und befindet sich aktuell in Prüfung.

3.2 Valorisierung der Forschungsergebnisse

Die nationale Wanderausstellung "VERSORGT. VERDINGT. VERGESSEN? Geschichte(n) von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in der Schweiz" (<https://www.erinnern-fuer-morgen.ch/ausstellung>) stösst auf reges Interesse und ist noch bis am 15. März 2026 im Musée Historique in Lausanne zu sehen. Anschliessend wird sie vom 13. Mai bis am 23. Oktober 2026 im Museum Luzern zu Gast sein.

Die viersprachige Webplattform «erinnern für morgen» wird nun laufend weiterentwickelt. Neben Grundinformationen (u.a. in Form eines Films) beinhaltet sie auch eine umfassende thematische Datenbank mit rund 3250 Beiträgen aus Medien und Forschung (<https://www.erinnern-fuer-morgen.ch/datenbank>) oder eine Agenda mit Aktualitäten (<https://www.erinnern-fuer-morgen.ch/agenda>).

Die Finanzhilfen zur Vermittlung der Aufarbeitung werden ebenfalls rege genutzt. Das BJ konnte bis Ende 2025 Projekte Dritter in allen Sprachregionen im Umfang von rund 2 Millionen Franken unterstützen. Die Projekte reichen von Theaterproduktionen und Graphic Novels über Podcasts bis zu einer Kunstaussstellung oder Buchpublikationen. Als Beispiele sei an dieser Stelle auf die Graphic Novel von Simone Stolz mit dem Titel «Dazwischen die Einsamkeit» (edition clandestin, 2025) und die Ausgabe von Sept mook von Herbst 2025 zum Thema «Les enfants volés témoigne» hingewiesen. Damit fördert das BJ – ergänzend zu den eigenen Aktivitäten – ein breites Panorama an weiteren Vermittlungsangeboten.

4 Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am 27. Mai 2026, ab 10.15 Uhr, statt. Claude Béguelin informiert, dass er an der Sitzung vom 19. August 2026 nicht teilnehmen können.

Die Präsidentin dankt den Kommissionsmitgliedern für die rege Beteiligung an den Diskussionen und für ihr Engagement und schliesst die Sitzung um 13.00 Uhr.